

Informationstätigkeit der Botschaften über die Integrations- frage

Referat von Minister Dr. P. Jolles vor der Botschafter-
konferenz in Bern am 7. September 1962

1. Mit der Erklärung vor dem EWG-Ministerrat am 24. September nimmt die schweizerische Regierung zum ersten Mal in offizieller Form zu den politischen Problemen Stellung, die sich für uns im Zusammenhang mit der Integrationsfrage ergeben. Obschon diese Stellungnahme in ihren grossen Zügen schon weitgehend bekannt ist, erhält sie durch ihre Form und das Gremium, in dem sie abgegeben wird, einen endgültigen und formellen Charakter.

Es wird Ihnen somit von diesem Zeitpunkt an eine offizielle Unterlage für die Erläuterung des schweizerischen Standpunktes in der Integrationsfrage zur Verfügung stehen, die insbesondere die neutralitätspolitischen Thesen in einlässlicher Weise darlegt. Wir werden dafür Sorge tragen, dass der Text dieser Erklärung rechtzeitig in den Besitz sämtlicher Botschaften gelangt, damit Sie allfällige Rückfragen über den genauen Inhalt der in Brüssel von der Schweiz vertretenen Auffassung sofort beantworten können.

Angesichts der Tatsache, dass die schweizerische Erklärung in Brüssel in einem Zeitpunkt abgegeben wird, wo der für unsere Assoziationsbestrebungen entscheidende "point of no return" in den britischen Beitrittsverhandlungen noch nicht erreicht sein wird und somit kaum mit einer unmittelbar bevorstehenden Aufnahme der eigentlichen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EWG zu rechnen ist, wird die Erklärung

entsprechend vorsichtig und in den Einzelheiten recht zurückhaltend formuliert sein. Es liegt daher auch nicht in unserer Absicht, diese Erklärung zum Anlass einer intensiven Aufklärungsaktion der öffentlichen Meinung zu nehmen.

Gerade in Ländern, wie den USA, wo die Einwände gegen eine schweizerische Assoziation am stärksten sind, könnte eine aktive Informationstätigkeit die Opposition vorzeitig herausfordern. Die Vorsprache der Schweiz in Brüssel soll daher nicht dramatisiert, sondern ihrer tatsächlichen Bedeutung entsprechend als eine vorläufige Erläuterung der Gründe, die zum schweizerischen Verhandlungsgesuch geführt haben, dargestellt werden.

Der Text der Erklärung kann vor allem dazu dienen, falschen Interpretationen unserer tatsächlichen Absichten mit dem Hinweis auf diese autoritative Stellungnahme des Bundesrates entgegenzutreten sowie eine Reihe der üblichsten Einwände, die gegen die Assoziation der Neutralen bisher erhoben worden sind, zu entkräften. Sie stellt ein Instrument dar, um das Ausland über die Probleme, vor die sich die neutrale Schweiz durch die europäische Integration gestellt sieht, über das Ausmass der wirtschaftlichen Verflechtung und Diskriminierungsgefahr, über die Bereitschaft zur engen Zusammenarbeit auf allen Gebieten und die Grenzen, die dieser Bereitschaft durch unsere Neutralitätspolitik und unser Eigenständigkeitsbedürfnis gesetzt sind, aufzuklären.

Wir haben über die allgemeine Frage der Information des Auslandes mit den Botschaftern in den EWG- und den wichtigsten EFTA-Ländern im Januar in Bern eine Aussprache geführt. Im Anschluss an diesen Meinungsaustausch, der wertvolle Anhaltspunkte nicht nur über die Aufklärungsbedürfnisse, sondern auch über die Grenzen, die einer Informationstätigkeit gesetzt sind, und die Gefahren, die damit verbunden sein können, ver-

mittelte, hat der Bundesrat ein Informationsprogramm aufgestellt, dessen Durchführung dem Integrationsbureau in Verbindung mit dem Pressedienst des Politischen Departements übertragen worden ist. Es handelt sich um ein flexibles Programm, wobei die Auswahl und Durchführungsart der einzelnen Projekte den jeweiligen Bedürfnissen angepasst werden kann. Welche Methoden sich in den einzelnen Ländern am zweckmässigsten erweisen und wie bei der Durchführung der einzelnen Projekte in den verschiedenen Staaten vorgegangen werden muss, um auf besondere nationale Bedürfnisse und Empfindlichkeiten Rücksicht zu nehmen, sind Fragen, zu denen wir heute von Ihnen gerne eine erste Antwort erhalten würden. Ich möchte Ihnen daher zur Einleitung der Diskussion die uns vom Bundesrat zur Verfügung gestellten Möglichkeiten kurz umreißen.

3. Rahmenprogramm

A. Vorträge und Diskussionsbeiträge schweizerischer Persönlichkeiten im Ausland

Die Möglichkeiten, den schweizerischen Standpunkt in repräsentativen Gremien des Auslandes, die auf die politische Willensbildung einen massgebenden Einfluss ausüben können, darzulegen, sollen ausgenützt werden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, in wie weit diese Aufgabe von den Botschaften selbst übernommen werden kann, ohne als politische Einmischung empfunden zu werden, oder in wie weit es zweckmässig erscheint, diese Aufgabe privaten oder offiziellen Persönlichkeiten zu übertragen, die aus der Schweiz entsandt werden, wofür wir nun einen bescheidenen Kredit besitzen. In Frage kommen Journalisten, Professoren, Gewerkschaftsführer, Industrielle und Parlamentarier, vor allem aber die Mitglieder der Arbeitsgruppe "Historische Standortbestimmung", die über eine besonders fundierte Kenntnis der politischen Aspekte der Integrationsfrage verfügen. Es sind bereits mit Erfolg

derartige Vorträge schweizerischer Journalisten in Deutschland und Frankreich organisiert worden. Ferner wird ein Vortrag von Herrn Bundesrat Wahlen in Mailand für den Monat Oktober vorgesehen. In diesem Zusammenhang verdient auch die Teilnahme schweizerischer Persönlichkeiten an den Debatten des Europarates erwähnt zu werden, die in der Presse einen gewissen Widerhall gefunden hat. Eine besondere Aufgabe ist die Bereitstellung von zweckmässigem Dokumentationsmaterial für Schweizer, die ins Ausland reisen.

B. Einladung ausländischer Journalisten in die Schweiz

Wir verfügen über die nötigen Mittel, etwa 20 Journalisten aus den EWG-Staaten und 3 Journalisten aus den USA in die Schweiz einzuladen, zusätzlich zu den europäischen Korrespondenten amerikanischer Zeitungen. Es ist vorgesehen, diese Journalisten mit führenden offiziellen Persönlichkeiten in Kontakt zu bringen und ihnen die Möglichkeit zu geben, Vertreter derjenigen Wirtschaftszweige zu besuchen, für die sie sich besonders interessieren. Dieses Programm sollte auf etwa 6 Monate gestaffelt werden, um einerseits eine zu grosse zeitliche Belastung der schweizerischen Gesprächspartner zu vermeiden und andererseits den Faden nicht abreißen zu lassen, sondern in den verschiedenen Stadien der Vorverhandlungen unsere entsprechenden Thesen erläutern zu können. Wir haben die Botschaften bereits gebeten, uns entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, und im weiteren darauf hingewiesen, dass sich der zeitliche Aufwand nur lohnt, wenn wirklich erstklassige Publizisten dafür gewonnen werden können. Hier stellt sich vor allem auch die Frage, in welchem Zeitpunkt im betreffenden Land ein genügendes Interesse für eine derartige direkte Orientierung an Ort und Stelle vorausgesetzt werden kann und auf welche besonderen Aspekte die Journalisten des in Frage stehenden Landes in erster Linie hingewiesen

werden sollten. Unsere bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Gruppenreisen keine guten Resultate hervorbringen, während eine eingehende Dokumentierung eines einzelnen, besonders qualifizierten Journalisten Aussicht hat, einen positiven Niederschlag in seriösen Artikeln, die sich mit den schweizerischen Problemen objektiv auseinandersetzen, zu finden.

C. Diskussionen am Runden Tisch

Die "Table ronde des problèmes de l'Europe" beabsichtigt, ihre nächste Session im November in Basel abzuhalten, und sieht als Diskussionsthemen die Frage der Erweiterung der EWG durch die Neutralen vor. Eine derartige Veranstaltung kann die Möglichkeit bieten, eine grössere Zahl einflussreicher Persönlichkeiten aus EWG- und EFTA-Staaten zu einer konstruktiven Diskussion der verschiedenen Standpunkte zu veranlassen und gleichzeitig persönliche Kontakte zu vermitteln. Eine gewisse zusätzliche Ausstrahlungsmöglichkeit ergibt sich aus der in der Regel ziemlich einlässlichen Berichterstattung in der Presse, im Radio und im Fernsehen. Es handelt sich hier um einen ersten, vielleicht etwas gewagten Versuch, da natürlich ein für uns günstiges Ergebnis von der Ueberzeugungskraft und Schlagfertigkeit, mit der die schweizerischen Thesen vorgetragen werden, abhängt. Erfreulicherweise ist die Aufgabe des Rapporteurs, der die Diskussion einleitet, einer dafür besonders geeigneten Persönlichkeit, Herrn Minister Bauer, übertragen worden. Die Schlussfolgerungen sollen von einem uns nicht grundsätzlich ungünstig gesinnten EWG-Vertreter, Herrn Rey, gezogen werden. Die Veranstaltung hat natürlich rein privaten Charakter, und allfällige offizielle schweizerische Teilnehmer werden nur in die Diskussion eingreifen, wenn sich dies als absolut unerlässlich erweisen sollte. Wir stehen über die Durchführung der Veranstaltung mit den Oesterreichern und Schweden, die ebenfalls mitwirken müssen, in Verbindung.

D. Schriftliche Information

Wir würden gerne Ihre Meinung über die Zweckmässigkeit und Möglichkeit der Aufnahme von Artikeln in ausländische Zeitschriften kennen. Bekanntlich sind bisher in zwei deutschen Zeitschriften grundsätzliche Aeusserungen zum Integrationsproblem durch die Herren Bundesrat Schaffner und Wahlen publiziert worden.

Ferner steht als schriftliche Aufklärung das Projekt des NHG-Jahrbuches 1963 im Vordergrund, das unter dem Titel "Die Schweiz zwischen heute und morgen" eine selbstkritische Bestandesaufnahme der Grundelemente unseres wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Lebens angesichts der politischen und wirtschaftlichen Tendenzen Europas und der Welt anstrebt. Zu diesem Zwecke ist eine durch Herrn a. Bundesrat Petitpierre präsiidierte Redaktionskommission eingesetzt worden. Wir beabsichtigen, das Jahrbuch, das in verschiedenen Sprachen erscheinen wird, durch Vermittlung der Botschaften massgeblichen Persönlichkeiten des jeweiligen Gastlandes zugehen zu lassen. Wir erwarten gerne Ihre Vorschläge über die zweckmässigste Verteilung dieses Werkes und über das Interesse, das dafür auch in anderen als EWG- und EFTA-Staaten, vor allem aber in den Entwicklungsländern, bestehen könnte. Das Jahrbuch könnte auch dazu dienen, die schweizerischen Kolonien im Ausland zu dokumentieren.

Ferner ist zu erwähnen, dass die Basler Handelskammer eine Broschüre über die schweizerische Neutralität und deren politische und militärische Aspekte herauszugeben beabsichtigt. Hier stellt sich die Frage, ob und in welcher Weise durch ausländische Autoren Uebersetzungen und Anpassungen des Textes für bestimmte Staaten, insbesondere die USA, vorgenommen werden könnten.

Auch möchten wir Ihnen die Frage unterbreiten, ob ein Bedürfnis für die Publikation eines kurzen Pamphlets in Form von einer Reihe von Fragen und Antworten bestehen würde, das durch die Botschaften breitesten Kreisen, Schulen, Klubs usw. auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden könnte.

Schliesslich wäre zu prüfen, ob als langfristiges Projekt ein Buch eines ausländischen Autors, wie seinerzeit das Buch André Siegfrieds, ins Auge gefasst werden sollte.

Wie Sie sehen, sind alle diese Projekte bestimmt, nur einen kleinen, aber einflussreichen Kreis ausländischer Persönlichkeiten anzusprechen. Wir glauben, von vornherein auf Versuche, die breite öffentliche Meinung zu beeinflussen, verzichten zu sollen. Eine Ausnahme könnte die Teilnahme an Radio- und Televisionsprogrammen bilden. Auch wollen wir uns zur selbstverständlichen Richtlinie machen, diese Aufklärung rein objektiv und sachlich durchzuführen.

4. Zum Schluss noch ein Wort über den Inhalt der Aufklärung. Das Hauptgewicht sollte gegenwärtig auf die grundsätzlichen politischen Fragen gelegt werden. Das Ziel, das uns vorschwebt, ist, das politische Klima für die zukünftigen Verhandlungen zu verbessern. Die Auseinandersetzungen über unsere einzelnen wirtschaftlichen Begehren sind von der Regierung am Verhandlungstisch in Brüssel zu führen. Eine vorzeitige öffentliche Diskussion wäre nicht nur fehl am Platz, sondern bei der Komplexität der Materie voller Gefahren. In der heutigen Phase geht es vor allem darum, die Regierungen davon zu überzeugen, dass der schweizerische Sonderfall verdient, berücksichtigt zu werden, und konstruktive Lösungen, die niemanden politisch belasten, wünschbar und möglich sind. Insbesondere scheint uns, dass folgende Thesen im Vordergrund stehen:

- a) Die Integration ist ein echtes Problem für die Schweiz wegen ihrer besonders hohen Exportabhängigkeit und engen wirtschaftlichen Verflechtung mit dem europäischen Wirtschaftsraum. Die Voraussetzungen für eine Beteiligung an einem gemeinsamen Europa-Markt sind für die Schweiz heute bereits grösser als in den EWG-Staaten selbst. Gleichzeitig wären die negativen Rückwirkungen im Falle eines Ausschlusses der Schweiz entsprechend schwerwiegend. Zu Ihrer Orientierung fügen wir bei, dass das bisherige Ergebnis unserer Rundfrage an Sie vom 26. Juli uns in der Auffassung bestätigt hat, dass nur sehr geringe Ausweichmöglichkeiten für unseren Export auf aussereuropäischen Märkten bestehen würden.
- b) Die Teilnahme der Schweiz am Gemeinsamen Markt ist somit ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft und liegt auch schon wegen unserer geographischen Lage in der Natur der Dinge. Da unsere wirtschaftliche Verflechtung auf allen Gebieten sehr eng ist, regen wir eine Regelung an, die dementsprechend umfassend ist. Ein bilateraler Handelsvertrag würde den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht werden.
- c) Die Form der Zusammenarbeit muss den Erfordernissen der immerwährenden Neutralität Rechnung tragen. Deshalb Assoziation und nicht Vollbeitritt. Die spezifischen Neutralitätserfordernisse sind in der Eröffnungserklärung so eingehend ausgeführt, dass ich hier nicht näher auf sie einzutreten brauche.
- d) Bedeutung der schweizerischen Neutralität für die Völkergemeinschaft. Die schweizerische Neutralität verliert auch im Falle einer politischen Einigung Westeuropas ihre Daseinsberechtigung nicht, da sie wegen der weltweiten Auswirkungen der politischen Spannungen heute in einen breiten

internationalen Zusammenhang gestellt ist. So sind die Ausstrahlungsmöglichkeiten, die sich auf Grund der Neutralität vor allem in politisch empfindlichen Entwicklungsländern ergeben, heute besonders gross. Auch entfallen die meisten der Schweiz übertragenen Treuhänder- und Vermittlerfunktionen auf aussereuropäische Gebiete. Die Arbeitsgruppe "Historische Standortbestimmung" hat die von Ihnen im Januar vorgeschlagene Bestandesaufnahme der Aktionen, guten Dienste usw., die die Schweiz in den letzten Jahrzehnten auf Grund ihrer Neutralitätspolitik durchgeführt hat, an die Hand genommen. Wir beabsichtigen, zuhanden der Botschaften das Ergebnis in einer Notiz zusammenzufassen.

- e) Die schweizerische Neutralität wird durch die Assoziation, wie wir sie verstehen und zu gestalten wünschen, nicht eingeschränkt. Wir haben Ihnen mit unserem bereits erwähnten Rundschreiben vom 26. Juli die Frage gestellt, ob im Falle einer Assoziation das Ansehen der Schweiz als neutraler Staat in Ihrem Gastlande herabgemindert würde. Die Antworten waren fast durchwegs negativ. Auch in den Entwicklungsländern, selbst in den kommunistisch gefärbten, scheint man ohne weiteres zu verstehen, dass die Schweiz aus wirtschaftlichen Gründen eine Regelung finden muss. Es ist anzunehmen, dass die ausführliche Art, mit der die Schweiz die Neutralitätserfordernisse gegenüber der EWG darlegen und verteidigen wird, unser politisches Ansehen in diesen Staaten nur günstig beeinflussen kann. Die Notwendigkeit einer besonderen Aufklärungsaktion dürfte sich daher eher im umgekehrten Falle stellen, d.h. wenn die Verhandlungen wegen unserer Vorbehalte nicht zustandekommen oder scheitern sollten.

- f) Der besondere politische Wert der Erhaltung unserer föderalistischen und staatsrechtlichen Struktur für Europa verdient ebenfalls, hervorgehoben zu werden. Allerdings wird man sich hüten müssen, die EWG-Staaten als dem demokratischen Staatsgedanken weniger eng verpflichtet hinzustellen. Doch kann, ohne diesen Eindruck zu erwecken, die Besonderheit und Volksnähe der demokratischen Struktur der Schweiz erwähnt werden. Der schweizerische Föderalismus gewinnt an Interesse im Zusammenhang mit der Diskussion über ein föderatives Europa.
- g) Ferner ist dem Einwand zu begegnen, die Neutralität der Schweiz sei ein Schmarotzertum, was vor allem durch einen Hinweis auf unsere Anstrengungen zur Landesverteidigung und die Tatsache, dass wir kein militärisches Vakuum darstellen, geschehen kann.
- h) Schliesslich gilt es, Verständnis dafür zu wecken, dass mit einer Respektierung unserer Neutralität das Integrationsproblem für die Schweiz nicht gelöst ist, sondern dass im Falle einer Isolierung ein echtes wirtschaftliches Problem entstehen würde, das unsere politische Stabilität und militärische Bereitschaft schwächen könnte. Mit anderen Worten, die Anerkennung unserer Neutralität muss zum Willen führen, uns eine die Neutralität berücksichtigende Form der Beteiligung am europäischen Markt finden zu helfen. Der Grad der bereits erzielten wirtschaftlichen Integration der Schweiz mit Europa kann nur auf diese Weise erhalten und erhöht werden.
- i) Nach Veröffentlichung der schweizerischen Erklärung vom 24. September wird es ferner möglich sein, darzulegen, dass die spezifischen Neutralitätserfordernisse die Funktionsfähigkeit des Gemeinsamen Marktes nicht behindern und die Integrität der Gemeinschaft durch die Assoziations-

konzeption gewahrt bleibt.

Dies die Diskussionspunkte, die nach unserer Auffassung gegenwärtig im Vordergrund stehen. Es wird uns interessieren, von Ihnen zu hören, welche dieser Thesen auf Grund des politischen Klimas in Ihrem Gastland noch eingehender behandelt werden müssen. Wir sind uns bewusst, dass die Anforderungen auf dem Informationsgebiet, die die gegenwärtige Lage an Sie stellt, sehr anspruchsvoll sind. Es handelt sich um ein Stück aktiver Aussenpolitik. Wir werden uns bemühen, Ihnen bei Ihrer Aufgabe durch laufende und zweckentsprechende Dokumentation behilflich zu sein, und bitten Sie, im Sinne eines konstruktiven Zwiegesprächs uns Ihre diesbezüglichen Anregungen und Ihre Kritik, die für uns sehr wertvoll ist, laufend zukommen zu lassen. Wir möchten auch nicht verfehlen, Ihnen für Ihre bisherigen wertvollen Bemühungen auf diesem Gebiet unseren verbindlichen Dank auszusprechen.